

Ideologischer Kahlschlag

Die Regierung in Flandern kürzt die Projektförderung für Kultur um sechzig Prozent – ein Angriff von rechts gegen alles, was progressiv und divers ist

von Charlotte De Somviele und Kristof van Baarle

Die Ergebnisse der Wahlen vom 26. Mai 2019 bedeuteten einen heftigen Rechtsruck für Flandern. Die rechtsextreme, nationalistische Partei Vlaams Belang gewann zwölf Prozent mehr Stimmen als bei den letzten Wahlen und wurde so zur zweitstärksten Partei in Flandern. Die rechts-nationalistische und neoliberale Partei N-VA verlor zwar an Zuspruch, blieb aber unangefochten die stärkste Partei mit fast 25 Prozent Stimmanteil. Zusammen schrammten die beiden Parteien nur um fünf Sitze an einer absoluten Mehrheit im flämischen Parlament vorbei. Es wird darum kaum überraschen, dass die flämische Regierung, die seit diesem Sommer an der Macht ist – eine Koalition aus Liberalen, Christdemokraten und N-VA –, auf rechtspopulistische Rezepte setzt wie die Abschaffung des Wohlfahrtsstaats, Meritokratie, Anti-Migrations-Programme sowie eine mutwillige Vernachlässigung des Klimaschutzes.

Kultur gehört in Belgien in die Zuständigkeit der Gemeinschaften Flandern und Wallonien (Brüssel gehört zu beiden), und die Personalunion von Jan Jambon (N-VA) als Ministerpräsident und nebenberuflicher Kulturminister – ein Unikum unserer politischen Geschichte – beweist, wie stark Kultur für eine populistische und nationalistische Stimmungsmache gegen alles, was politisch links, progressiv und divers ist, instrumentalisiert wird. Joachim Pohlmann, Jambons Kabinettschef, spricht gar von einem *culture war*. Die Bekanntgabe des neuen Haushaltsplans im November 2019 kam einem Anschlag auf das Kulturbudget gleich, die Linie war klar: Kürzungen, Kürzungen und nochmals Kürzungen.

Auch die vorigen Regierungen haben die Kulturförderung eingeschränkt: 2014 ging sie um fünf Prozent zurück, 2009 um zwei Prozent. Zudem wurden die Subventionen nicht indexiert, was über die letzten zehn Jahre einer Reduktion um zwanzig Prozent gleichkommt. Die jetzige Einsparung erreicht eine neue Dimension. Abgesehen davon, dass inzwischen alle Organisationen auf dem Zahnfleisch gehen, schafft die Verteilung der Kürzungen großen Anlass zur Sorge. Die großen Organisationen – die sogenannten Einrichtungen der Flämischen Gemeinschaft wie deSingel oder Opera Ballet Vlaanderen in Antwerpen – müssen „nur“ drei Prozent einsparen, die strukturgeforderten Organisationen und Kompanien (wie Anne Teresa De Keersmaekers Kompanie Rosas oder das Produktionszentrum Campo) sechs Prozent, die Gelder für Projektförderung werden um ganze sechzig Prozent beschnitten.

Gerade die letzte Zahl ist dramatisch und wird weitreichende Folgen haben für den größten Teil der flämischen und Brüsseler Kunstproduktion. Nicht nur Newcomer sind stark abhängig von Projektförderungen. Die kontinuierlichen Kürzungen im letzten Jahrzehnt haben auch mehr und mehr etablierte Künstler und Künstlerinnen an die Projekttöpfe befördert. Die Einsparungen sind doppelt ideologisch besetzt: Einerseits passen sie in das Bild, weniger Unterstützung für die „weichen“ Sektoren, also Kultur und Soziales, zur Verfügung zu stellen und so gleichzeitig die Gestaltung des Zusammenlebens in diesen Bereichen sowie auf dem Gebiet der Jugend- und Fürsorgearbeit einzuschränken. Andererseits sind sie eine Art Zensur, denn kritische Stimmen kommen vorwiegend von Künstlerinnen und Künstlern, die Projektsubventionen erhalten und auf der Suche sind nach einer inklusiveren, diverseren Welt. Auf dieselbe Weise wird auch der kritische Einsatz verdienter Akteure für Chancengleichheit und Integration aus der gesellschaftlichen Mitte an die Kandare genommen. Die neue flämische Regierung stellt das „Primat der Politik“ über alles und bestimmt nun selbst, welche Organisationen relevant sind. Die Rolle von Beurteilungskommissionen, zusammengestellt aus Expertinnen und Experten der jeweiligen Bereiche, wird so eingeschränkt.

Die Argumente für die drastischen Kürzungen auf dem Gebiet der Kultur sind verstörend: Innovation passiere an den großen Häusern – etwas, was selbst von den großen Häusern bestritten wird –, und Kunst müsse im neuen Flandern vor allem einen Beitrag leisten zu internationaler Ausstrahlung, Tourismus und Exzellenz. Dass – wie der unlängst von der Choreografin Anne Teresa De Keersmaeker und dem Theatermacher Ivo van Hove publizierte öffentliche Brief deutlich macht – die heutige Kunstlandschaft vor allem dank des Humus der Projektförderung international als außergewöhnlich exzellent wahrgenommen wird, scheint der Minister bewusst auszublenden. Die bislang zur Verfügung gestellten Fördergelder sind bereits bei Weitem nicht ausreichend, um alle als positiv beurteilten Einreichungen zu honorieren. Die eingreifende Herabsetzung der Projektsubventionen wird, zusammen mit den Kürzungen an den Theaterhäusern, dazu führen, dass immer weniger Kunstschaffende ihre Ideen umsetzen können. Gerade mal eine Handvoll großer Namen wird übrig bleiben.

Die Kulturetat Kürzungen stehen im schrillen Kontrast zu anderen Investitionen des Ministers, mit denen die

Stärkung der flämischen Identität betrieben wird. So geht beispielsweise erneut mehr Geld nach Bokrijk, einem denkmalgeschützten Freizeitpark für prämoderne flämische Kultur, an die Landkommende Alden Biesen, an Opernhäuser und andere prestigeträchtige Institutionen sowie an flämische Literatur und Filmproduktion. Das Motto: Größer und flämischer. Was in diesem Fall zweifelsfrei kleingeistiger und weltfremder bedeutet.

Der Protest, koordiniert durch das Netzwerk State of the Arts, ist groß und flächendeckend. Sowohl Schauspieler aus den populärsten flämischen Soaps als auch Kunstkoryphäen wie Luc Tuymans standen während der Kundgebungen vor dem Parlament in der ersten Reihe. Zahlreiche Theatermacher laden ihr Publikum nach den Vorstellungen auf die Bühne ein, um damit ein Signal zu setzen, dass Kunst keine elitäre Beschäftigung einiger weniger ist, sondern eine gemeinsame Aktivität mit dem Publikum aus allen Schichten der Gesellschaft. Ebenso sprachen sich internationale Intendanten und Theatermacher wie René Pollesch, Matthias Lilienthal und Catherine Wood gegen Jambons Pläne aus.

Bislang lässt sich der Minister jedoch durch nichts vom Kurs abbringen. Inzwischen wurden auch die Konturen des Kahlschlags im Bereich der Medien und der Institutionen der gesellschaftlichen Mitte sichtbar. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk VRT muss vierzig Millionen Euro sparen, fast das gesamte Budget für innovativen und unabhängigen Journalismus verschwindet, und die neue Regierung steigt aus dem interföderalen Zentrum für Chancengleichheit Unia aus. Der Widerstand gegen dieses Programm organisiert sich daher auch sparten- und institutionsübergreifend. So gingen am 5. Dezember die Akteure aus Medien, Kultur und sozialer Arbeit zusammen auf die Straße. Überall tauchten Menschen mit gelben Mundmasken auf – ein Verweis auf das Mundtotmachen der weicheren Sektoren und das Streben nach Inklusion. Es sieht danach aus, als wäre diese Solidarität dringend notwendig. Kunst kann nur im Zusammenleben einer offenen und inklusiven Gesellschaft überleben. //

Aus dem Niederländischen von Astrid Kaminski.

Quelle: <https://www.theaterderzeit.de/2020/01/38340/komplett/>

Abgerufen am: 18.01.2020